



Regierungsratsbeschluss vom 12. April 2022

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD; Einführung des Trusts (Änderung des Obligationenrechts); Vernehmlassung

P220079

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Entwurf zu einer Vernehmlassungsantwort an das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD).

Begründung

Der Regierungsrat hat sich zur Einführung des Trusts (Änderung des Obligationenrechts) vernehmen lassen. Die Vorlage schlägt die Schaffung eines Trusts als neues Rechtsgefäss im Schweizerischen Obligationenrecht vor, das als neues Instrument in den bestehenden Rechtsrahmen eingegliedert werden soll. Damit verbunden ist die explizite Regelung von Trustverhältnissen in Steuergesetzen, worin die bisher übliche Praxis abgebildet wird. Der Regierungsrat lehnt die Vorlage ab. Er sieht nur einen begrenzten Nutzen und unter steuerrechtlichem Gesichtspunkt sind keine Rechtsstreitigkeiten bekannt, welche die Praxis grundlegend in Frage stellen würden.

